

## **Zur Lage im südlichen Bahnhofviertel**

Antrag Nr. 08-14 / A 04984 von Herrn StR Georg Schlagbauer  
vom 15.01.2014

### **Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 02516**

1 Anlage

#### **Beschluss des Sozialausschusses vom 16.04.2015 (SB)**

Öffentliche Sitzung

#### **I. Vortrag der Referentin**

Mit dem o.g. Stadtratsantrag Nr. 08-14 / A 04984 vom 15.01.2014 (Anlage) wird die Stadtverwaltung beauftragt, darzulegen „zu welchen sozialen Problemen es im südlichen Bahnhofviertel durch verstärkt auftretende Bettler und den sich formierenden „Arbeiterstrich“ kommt. Außerdem soll das Sozialreferat zusammen mit dem Quartiersmanagement des südlichen Bahnhofviertels unter Einbeziehung der Gewerbetreibenden und Anwohner Möglichkeiten zur Lösung der sozialen Probleme erarbeiten. Der Verein Südliches Bahnhofsviertel hat mit einem schriftlichen Statement vom 27.01.2014 den Antrag befürwortet.

Zur Bearbeitung des o.g. Stadtratsantrages wurden aufgrund umfangreicher verwaltungsübergreifender Abstimmungen entsprechende Fristverlängerungen beantragt und vom Antragsteller gewährt.

##### **1. Ausgangslage**

Derzeit ist in München und in anderen deutschen Großstädten vermehrt eine sog. Armutszuwanderung von Menschen, die zumeist aus Südosteuropa stammen, zu beobachten. Diese Menschen, oft Familienverbände, versuchen im Zuge der EU-Osterweiterung den oft unzumutbaren Lebensverhältnissen in ihren Herkunftsländern zu entfliehen und ihre Perspektiven zu verbessern. Die weitaus meisten Menschen wollen hier arbeiten. Aufgrund der guten Wirtschaftslage in München gelingt es auch vielen Arbeitssuchenden einer qualifizierten Erwerbstätigkeit nachzugehen. So waren im Oktober 2014 in der Bundesrepublik Deutschland rund 257.000 Bulgaren und Rumänen beschäftigt – gut 125.000 mehr als im Dezember 2013, wie das Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB) mitteilte (siehe:

<http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/zahl-der-rumaenen-und-bulgaren-mit-jobs-in-deutschland-gestiegen-a-1010772.html>). In München gab es zum 30.06.2014 6.280 rumänische und 4.211 bulgarische sozialversicherungspflichtige

Beschäftigte. Eine wesentlich kleinere Gruppe an bulgarischen und rumänischen Zuwanderinnen und Zuwanderern bezieht Sozialleistungen.  
Zum Juni 2014 waren in München 1.082 bulgarische und 781 rumänische Staatsangehörige (Erwachsene und Kinder) im SGB II-Bezug. Einige finden oft nur prekäre Arbeitsverhältnisse wie Tagelöhnerjobs oder Scheinselbstständigkeit.

Insbesondere im Südlichen Bahnhofsviertel werden Jobs direkt an der Straße vermittelt und es halten sich dort tagsüber einige Zuwanderinnen und Zuwanderer aus den neuen EU-Ländern auf den Straßen auf. Insbesondere gilt dies für die Straßenkreuzung Goethe-/Landwehrstraße. Hier erfolgt die Anwerbung von Tagelöhnern für Arbeiten auf Baustellen, im Reinigungsbereich oder im Supermarkt oft durch Subunternehmen. Laut den Beratungsstellen handelt es sich dabei zumeist um männliche bulgarische Staatsangehörige im Alter von 18 - 45 Jahren. Der größte Teil dieser Arbeitssuchenden kommt aus Pazardzhik/Bulgarien.

Im Südlichen Bahnhofsviertel ist nach Aussage des Kreisverwaltungsreferates die Zahl der Anzeigen der Bettelverstöße bis August 2014 gestiegen und nach dem Verbot vom 12.08.2014 von aggressivem, störendem und bandenmäßigem Betteln in Form einer zwangsmittelbewehrten Allgemeinverfügung für die Altstadt innerhalb des Altstadtringes und für den Bereich um den Hauptbahnhof deutlich gesunken. Die Bettlerinnen und Bettler kommen nach Aussage der freien Träger zumeist aus Omurtag/Bulgarien. Das Kreisverwaltungsreferat führt hierzu aus, dass Betteln dem Gemeingebrauch unterliegt und daher als solches nicht verboten ist. Anders zu betrachten ist aggressives und störendes Betteln oder Betteln durch z.B. organisierte Banden, da diese Bettelformen nicht mehr dem Gemeingebrauch von öffentlichen Straßenflächen unterliegen.

Die Beratungsstellen, die Bahnmissionsmission und die Obdachlosenhilfe St. Bonifaz berichten über steigende Zahlen Rat- und Hilfesuchender. Auf diese Bedarfe hat die Landeshauptstadt München mit verschiedenen Maßnahmen reagiert, z.B. mit dem vom Sozialreferat bezuschussten Projekt „Bildung statt Betteln“ der Caritas oder dem vom Referat für Arbeit und Wirtschaft finanzierten Infozentrum Migration und Arbeit. In der Einrichtung von Schiller 25 bietet das Evangelische Hilfswerk im Rahmen des Kälteschutzes Beratung hinsichtlich der Wohnperspektiven, ebenfalls finanziert durch das Sozialreferat. Zuletzt hat der Stadtrat auf den gestiegenen Bedarf mit der Verlängerung und Ausweitung um eine halbe Stelle des Infozentrums Migration und Arbeit reagiert.

Insbesondere Geschäftsleute und Anwohnerinnen und Anwohner in diesem Bereich beklagen seit Mitte 2012 diese Situation und haben im Sommer 2013 in einer Petition die stetig wachsenden Probleme mit einem illegalen Arbeitsmarkt und seinen Begleiterscheinungen an der Ecke Goethestraße/Landwehrstraße skizziert. Sie beklagen,

dass viele Geschäftstreibende Einbußen zu verzeichnen hätten, da ein hoher Anteil der Kundinnen und Kunden sich durch die Anwesenheit der Zuwanderinnen und Zuwanderer im Südlichen Bahnhofsviertel verschreckt fühlt und die Gegend zunehmend meiden würde.

Das Verhalten der sich auf der Straße aufhaltenden Personengruppen aus den osteuropäischen Ländern, das auch Lagern in Häuserecken und Hinterhöfen beinhaltet, führe laut Anwohnerinnen und Anwohnern zu „unhaltbaren Zuständen“. Zwischenzeitlich hatten einige Geschäftsleute einen privaten Sicherheitsdienst beauftragt, der sich im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten darum kümmerte, die Eingänge vor den Geschäften frei zu halten.

## **2. Stellungnahme des Referates für Stadtplanung und Bauordnung**

Das Referat für Stadtplanung und Bauordnung kann leider zu den von Herrn Stadtrat Schlagbauer in seinem Antrag vom 15.01.2014 angesprochenen sozialen Problemen durch die Bettler und den „Arbeiterstrich“ mit einem von ihm beauftragten Quartiersmanagement keinen Beitrag zu leisten. Des Weiteren verweist das Referat für Stadtplanung und Bauordnung auf das von ihm 2009 eingerichtete Quartiersmanagement, das anlässlich der zunehmenden Nutzung der Erdgeschosszonen für Spielhallen und Tabledancebars etc. zur Aufgabe hatte, mit den Grundstücks- und Immobilieneigentümerinnen und -eigentümern eine Verständigung über die künftige Nutzungsstruktur im Quartier zu erreichen und über Gutachternvorschläge zu nutzungsstrukturellen Verbesserungen für das Quartier hinsichtlich einer Stärkung des Wohnens zu gelangen.

Ergebnisse des mit Beschluss des Ausschusses für Stadtplanung und Bauordnung vom 16.01.2013 „Pilotprojekt der Stadtentwicklung Südliches Bahnhofsviertel“ (Sitzungsvorlage Nr. 08-14 / V 10261) in Auftrag gegebenen Maßnahmenkatalogs zur Stärkung des Wohnens im Südlichen Bahnhofsviertel München, Fortschreibung des Innenstadtkonzeptes, werden im 2. Quartal 2015 dem Stadtrat in einer Bekanntgabe vorgestellt. Der Maßnahmenkatalog wurde bereits mit dem Verein Südliches Bahnhofsviertel diskutiert.

## **3. Maßnahmen des Sozialreferates und REGSAM**

### **3.1. Fachaustausch Südliches Bahnhofsviertel**

Das Sozialreferat hat nach Kenntniserhalt des o.g. Sachverhaltes Ende 2012 zusammen mit REGSAM einen Fachaustausch Südliches Bahnhofsviertel einberufen, an dem sowohl städtische Dienststellen als auch freie Träger (z.B. Caritas, Arbeiterwohlfahrt und Evangelisches Hilfswerk), der Ausländerbeirat und Mitglieder des „Vereins Südliches Bahnhofsviertel“ teilnahmen. Es wurden geeignete Maßnahmen gefordert, um die Situation im Südlichen Bahnhofsviertel im Sinne der Zuwanderinnen und Zuwanderer wie auch der Geschäftstreibenden zu entspannen. Der Fachaustausch tagte von Dezember 2012 bis Januar 2014 fünfmal und leistete einen notwendigen und wichtigen Austausch.

Es wurden die bisherigen Angebote der Einrichtungen sowie Bedarfe, die von den Teilnehmenden gesehen werden, aufgelistet. In den Unterarbeitsgruppen AG Raum und AG Arbeit wurden Bedarfe und Strukturen weiterentwickelt.

Über die Unterarbeitsgruppe AG Raum wurde der Kontakt des Jobcenters/Arbeitsagentur mit den Einrichtungen hergestellt und die Problematik der Strukturen und Arbeitsabläufe, insbesondere des Jobcenters zur Zielgruppe der bulgarischen und rumänischen Staatsangehörigen erfasst. Damit wurde gewährleistet, dass auch für diesen Personenkreis ihnen zustehende Ansprüche realisiert werden.

Im Fachaustausch Südliches Bahnhofsviertel wurde ein Tagesaufenthalt für EU-Armutszuwanderinnen und EU-Armutszuwanderer von den freien Trägern und dem Verein Südliches Bahnhofsviertel als notwendig angesehen und ein Konzept für einen Tagesaufenthalt erarbeitet. Dies solle es den EU-Armutszuwanderinnen und EU-Armutszuwanderern ermöglichen, sich aufzuhalten, sich auszuruhen, zu essen und zu trinken, aber auch mit Hilfe ehrenamtlich Engagierter die Möglichkeit zur Selbsthilfe sowie gezielte Beratungs- und Informationsangebote vorzufinden. Der Tagesaufenthalt wird trotz des oben skizzierten Ausbaus von Beratungs- und Unterstützungsmaßnahmen weiterhin für notwendig gehalten. Die Einrichtung Schiller 25 - Migrationsberatung Wohnungsloser, die Bahnhofsmission und die Obdachlosenhilfe St. Bonifaz registrieren einen großen, fast nicht zu bearbeitenden Zulauf von EU-Armutszuwanderinnen und EU-Armutszuwanderern, die dort zur Beratung oder im Winter zur Kälteschutzeinweisung bzw. bei St. Bonifaz zum Essen, zum Duschen und zum Tagesaufenthalt kommen. Wie oben beschrieben hat sich die Situation an der Goethe-/Landwehrstraße aus Sicht der Anwohnerinnen und Anwohner im Südlichen Bahnhofsviertel nicht verbessert.

Im Fachaustausch wurde von den Trägern auch der Wunsch nach einer Auflistung der Beratungsstellen für EU-Armutszuwanderinnen und EU-Armutszuwanderer geäußert. Die entsprechende Broschüre „Zuwanderung Süd- und Osteuropa“ hat REGSAM für die Zielgruppe der sozialen Einrichtungen mittlerweile erstellt und liegt seit Dezember 2014 vor (siehe: [http://www.regسام.net/de/0x\\_aktuelles.php?aktuelles\\_id=157](http://www.regسام.net/de/0x_aktuelles.php?aktuelles_id=157)).

Im Nachgang dieses Fachaustausches und zur Fortführung der Kooperation und des Austausches gibt es mittlerweile einen von REGSAM organisierten Kleinen Fachaustausch mit den Trägern/Einrichtungen vor Ort und Vertretern der Stadtverwaltung. Dieser Fachaustausch verfolgt die Entwicklung und benennt bzw. ergänzt weitere notwendige Bedarfe. Außerdem wird dieser Fachaustausch beim Aufbau des geplanten Beratungscafes unterstützen.

### **3.2 Anlaufstelle für Zuwanderinnen und Zuwanderer aus EU-Ländern in prekärer Lebenssituation (Beratungscafe)**

Das Sozialreferat ist seit ca. einem Jahr auf der Suche nach geeigneten Räumen für eine Anlaufstelle für Zuwanderinnen und Zuwanderer aus EU-Ländern in prekären Lebenssituationen, einem Beratungscafe im Südlichen Bahnhofsviertel. Die Räume sollten den Menschen Aufenthaltsmöglichkeiten bieten, aber auch Hilfe zur Selbsthilfe (z.B. Computer mit Internetanschluss, Informationsmaterial für die Wohnungs- und Arbeitsplatzsuche, Unterstützung ehrenamtlicher Kräfte) geben.

Leider haben die Eigentümer von zwei verschiedenen Objekten einmal kurz vor Vertragsunterzeichnung trotz zunächst erfolgreich scheinender Verhandlungen und im zweiten Fall nach Zustimmung des Stadtrates zu Konzept und Kauf des Objektes (Beschlussvorlage der Vollversammlung des Stadtrates vom 17.12.2014, Sitzungsvorlage Nr. 14-20 /

V 01999) eine Vertragsunterzeichnung letztlich abgelehnt. Der mit dem Betrieb des Beratungscafes beauftragte Träger, die Arbeiterwohlfahrt, sucht weiterhin ein geeignetes Objekt für das o.g. Beratungscafe. Derzeit besteht begründete Hoffnung ab Herbst diesen Jahres geeignete Räumlichkeiten für das Beratungscafe zur Verfügung zu haben.

### **Anhörung des Bezirksausschusses**

In dieser Beratungsangelegenheit ist die Anhörung eines Bezirksausschusses nicht vorgesehen (vgl. Anlage 1 der BA-Satzung).

Die Beschlussvorlage ist mit dem Referat für Stadtplanung und Bauordnung, dem Kreisverwaltungsreferat und dem Referat für Arbeit und Wirtschaft abgestimmt. Eine Stellungnahme des Ausländerbeirats lag zum Zeitpunkt der Drucklegung der Beschlussvorlage nicht vor. Sie wird ggf. bis zur Sitzung nachgereicht.

Dem Korreferenten, Herrn Stadtrat Müller, der Stadtkämmerei, der Frauengleichstellungsstelle, dem Kreisverwaltungsreferat, dem Referat für Stadtplanung und Bauordnung, dem Referat für Arbeit und Wirtschaft, dem Vorsitzenden und den Fraktionssprecherinnen und Fraktionssprechern des Bezirksausschusses des 2. Stadtbezirkes, dem Ausländerbeirat, dem Sozialreferat/Stelle für interkulturelle Arbeit und der REGSAM-Geschäftsführung ist ein Abdruck der Sitzungsvorlage zugeleitet worden.

## **II. Antrag der Referentin**

1. Die Ausführungen im Vortrag der Referentin zu den Maßnahmen des Sozialreferates zur Verbesserung der sozialen Lage im südlichen Bahnhofsviertel werden zur Kenntnis genommen.
2. Der Antrag Nr. 08-14 / A 04984 von Herrn Stadtrat Georg Schlagbauer vom 15.01.2014 ist geschäftsordnungsgemäß behandelt.
3. Dieser Beschluss unterliegt nicht der Beschlussvollzugskontrolle.

## **III. Beschluss**

nach Antrag.

Der Stadtrat der Landeshauptstadt München

Die Vorsitzende

Die Referentin

Christine Strobl  
Bürgermeisterin

Brigitte Meier  
Berufsm. Stadträtin

## **IV. Abdruck von I. mit III.**

über den Stenographischen Sitzungsdienst  
**an das Direktorium – Dokumentationsstelle**  
**an die Stadtkämmerei**  
**an das Revisionsamt**  
z.K.

**V. Wv. Sozialreferat**

1. Die Übereinstimmung vorstehenden Abdrucks mit der beglaubigten Zweitschrift wird bestätigt.

2. **An das Sozialreferat, S-III-M**

**An die Frauengleichstellungsstelle**

**An das Referat für Stadtplanung und Bauordnung, PLAN HA I/4 HLP**

**An das Kreisverwaltungsreferat, KVR-I**

**An das Referat für Arbeit und Wirtschaft**

**An den Ausländerbeirat**

**An den Vorsitzenden und die Fraktionssprecherinnen und Fraktionssprecher  
des Bezirksausschusses des 2. Stadtbezirkes (9-fach)**

**An die REGSAM-Geschäftsführung**

z.K.

Am

I.A.